



Martin Clausen (3. v. l.) und Uwe Kroll (2. v. r.) stellen im Beisein von Stadtpressesprecher Timo Frers, Hinnerk Twietmeyer als Vertreter der Bürgervereine aus dem Ganderkeseeer Norden, Oberbürgermeister Patrick de La Lanne und der Vorsitzenden des Planungsausschusses, Susanne Mittag, ihre Erkenntnisse über die Verkehrswirtschaftliche Untersuchung zur B212 vor. Foto: Konczak

Bürger fühlen sich bestätigt

Geheimgutachten belegt offenbar Vorteile der von Bürgern erarbeiteten B212-Variante

VON
ROBERT LÜRSEN

Die Verkehrswirtschaftliche Untersuchung (VWU) bestätigt offenbar die Vorzüge der von Bürgern entwickelten Verkehrsoptimierten Nord-Variante (VoN) für den Bau der B212 neu.

Offiziell ist das Ergebnis der VWU noch immer bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSV) unter Verschluss. Der Interessengemeinschaft B212-freies Deich- und Sandhausen ist es dennoch gelungen, sich zumindest ein Zwischenergebnis aus dem März

zu besorgen. Die Zahlen unterstützen die Argumentation der Bürger für eine Nordvariante der B212neu ohne Anbindung der Stedinger Landstraße von und nach Bremen.

Demnach würden bei der Verwirklichung einer VoN-Variante täglich 13.100 Fahrzeuge durch Delmenhorst rollen, bei der Südvariante hingegen 22.400. Für Bookholzberg würden im Vergleich zur Prognose 2025 (ohne B212neu) keine Mehrbelastung erfolgen. Die Südvariante brächte allerdings eine Entlastung um 1.200 Fahrzeuge täglich. Weit effektiver wäre dort jedoch der Bau einer Ortsumgehung mit einer prognostizierten Entlastung um 5.000 Fahrzeuge pro Tag.

Fraglich ist nun, ob die VWU

im Raumordnungsverfahren Berücksichtigung findet und wenn ja, in welcher Form. Voraussichtlich am kommenden Montag soll die landesplanerische Feststellung erfolgen. Dann müssen die Planer aus Oldenburg begründen, warum sie welche Trassenführung bevorzugen. Bisher hatten sie sich beharrlich für die Südvariante ausgesprochen.

Sollten die Planer weiterhin alle Gegenargumente in den Wind schlagen, drohen sowohl die Interessengemeinschaft als auch die Stadt Delmenhorst mit rechtlichen Schritten. „Wir gehen durch alle Instanzen, notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof“, kündigt Oberbürgermeister Patrick de La Lanne an.

Auch die Bürger wappnen sich für einen Rechtsstreit: „Wir beschäftigen uns mit der Gründung eines Klagefonds“, berichtet Uwe Kroll, Sprecher der Interessengemeinschaft. 28.000 Euro seien dafür bei einer Umfrage unter den Mitgliedern zugesagt worden. Man bräuchte wohl das Doppelte, schätzt Kroll. „Wir sehen kein Problem, das zu beschaffen.“

Das zwingt die Planer zu einer besonderen Sorgfalt. Sollte es tatsächlich zum Rechtsstreit kommen, könnte das die Realisierung der B212neu um zehn Jahre oder mehr verzögern.

■ Mehr Informationen zur B212neu im Internet: www.igb212neu.info und www.strassenbau.niedersachsen.de